

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,50 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile  
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 87536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

## D-Zug stürzt in den Strom

### Die Anzahl der Opfer glücklicherweise gering

Paris, 22. November.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich kurz nach Mitternacht zwischen Arcenis und Nantes unweit des Bahnhofes Dudon. Der Schnellzug Paris-Saint-Nazaire, der die französische Hauptstadt gegen 16 Uhr verläßt, entgleiste, die Maschine, zwei Packwagen und ein Personenwagen stürzten in die Loire, die zur Zeit starkes Hochwasser führt. Von Nantes eilte sofort ein Hilfszug an die Unglücksstelle. Bis zu den frühen Morgenstunden liegen noch keine genauen Einzelheiten vor, da die telephonischen Verbindungen zwischen der Unglücksstelle und Nantes unterbrochen sind. Man weiß jedoch, daß der Zug in voller Fahrt aus den Schienen sprang. Die Lokomotive fuhr noch einige Meter neben den Gleisen her, stürzte sodann um und rollte den Eisenbahndamm hinunter in die Loire, einen Personenwagen und zwei Packwagen zog sie hinter sich her. Sämtliche in den Fluß gefallen Wagen sind vom Wasser, das in der jetzigen Zeit einen äußerst hohen Stand hat, vollkommen bedeckt. Die Rettungsarbeiten, die schon wegen der herrschenden Dunkelheit sehr schwer sind, werden besonders dadurch behindert, daß die Wagen einige Meter tief unter dem Wasserpiegel liegen. Man nimmt daher mit Bestimmtheit an, daß sämtliche Insassen der ins Wasser gerollten Wagen ertrunken sind.

#### Ursache des Unglücks

Ist eine infolge der andauernden Regenfälle hervorgerufene Schienenfentung. Ein Angestellter des Bahnhofes Dudon, der diese Aufgabe festgestellt hatte, eilte dem Schnellzug einige hundert Meter mit einer Lampe entgegen und machte verzweifelte Anstrengungen, den Lokomotivführer durch Lichtsignale auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Der Unglückliche wurde jedoch vom Zuge erfasst und zermalmt. Die Pariser Blätter sind sich darin einig, daß die Zahl der Toten und Verletzten erheblich sein soll. Lokomotivführer und Heizer befinden sich unter den Toten. In Nantes sind die ersten Opfer eingetroffen. Die Rettungsarbeiten werden mit größter Eile fortgesetzt.

Entgegen den anfänglichen Befürchtungen hat das Eisenbahnunglück bei Nantes, wie jetzt feststeht, nur ein Todesopfer gefordert, und zwar ist der Lokomotivführer in die Loire gestürzt und ertrunken. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden. Vier Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus von Nantes eingeliefert. Zehn Passagiere erlitten leichtere Verletzungen und konnten nach Anlegung von Rotverbänden ihre Reise fortsetzen.

#### Weitere Eisenbahnunfälle in Frankreich.

Paris, 22. November.

Zußer dem schweren Eisenbahnunglück bei Nantes ereigneten sich gestern in Frankreich noch drei weitere Eisenbahnunfälle. Im Bahnhof von Longueon stieß ein aus Nancy kommender Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Dabei wurden eine Frau getötet und drei Reisende schwerverletzt. — In der Nähe von Chartres entgleiste ein Schnellzug, von dem der Packwagen und ein Personenwagen eine 15 Meter hohe Böschung hinunterstürzten. Drei Eisenbahnbeamte und ein Reisender wurden schwerverletzt. — Schließlich entgleiste noch bei Mortagne im Departement Orne ein Zug beim Passieren einer Brücke. Die beiden letzten Unfälle sind wie das Unglück bei Nantes durch Gleisfentungen verursacht worden.

#### Faschistenpleite nach Mussolinis Ende.

Zündholzkrust findet Italien-Anleihe zu riskant.

Paris, 22. November. (Eigenbericht.)

Wie das „Devo“ zu berichten weiß, hat sich Italien in seiner Finanznot an den schwedischen Zündholzkrust um eine Anleihe gewandt. Der Zündholzkrust wiederum hat durch die schwedische Regierung eine Enquete unternehmen lassen, um auf die Frage eine Antwort zu bekommen, welchen Wert ein Abkommen mit der faschistischen Regierung nach einem Sturz Mussolinis haben könnte. Zahlreiche führende Persönlichkeiten der antisfaschistischen Bewegung in Paris sind sondiert worden.

## Staatskommissar für Berlin

### Verfügung der neuen Steuern bereits nächste Woche

Die Finanzlage der Stadt Berlin hat sich durch die von Tag zu Tag anwachsenden Wohlfahrtslasten so verschlechtert, daß nach Ansicht der verantwortlichen Stellen die umgehende Schaffung neuer Einnahmequellen zwingende Notwendigkeit ist. Bekanntlich beträgt das Defizit Berlins bereits über neunzig Millionen, neue Einsparungen sind nicht mehr möglich, und selbst wenn ein größerer Betrag auf das neue Haushaltsjahr übernommen wird, bleiben rund 30 Millionen Mark durch neue Steuern zu decken. Es muß jetzt als sicher betrachtet werden, daß die Staatsregierung entschlossen ist, einen Staatskommissar mit der Festsetzung und Durchführung der notwendigen Steuern zu beauftragen.

Wie wir erfahren, dürfte die Ernennung des Kommissars und damit die Verfügung der Steuern schon im Anfang der nächsten Woche erfolgen. Die Regierung scheint der Ansicht zu sein, daß ein weiteres Anwachsen des städtischen Defizits im Interesse der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Stadt Berlin nicht mehr verantwortet werden kann.

Die Ernennung eines Staatskommissars ist sicher nicht dazu angetan, den Kredit der Reichshauptstadt zu heben. Berlin erleidet einen neuen schweren Prestigeverlust draußen im Lande. Schließlich darf aber auch nicht vergessen werden, daß andere deutsche Städte der Reichshauptstadt auch in diesem Punkte bereits vorangehen mußten. Gänzlich abwegig ist es, wenn davon gesprochen wird, daß die Ernennung des Staatskommissars den Tod der Selbstverwaltung bedeuten würde. Die Aufgabe des Beauftragten der preussischen Regierung wird lediglich sein, den stark ins Wanken geratenen Haushalt in Ordnung zu bringen. Im übrigen werden selbstverständlich die Rechte des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in keiner Weise angetastet werden!

Welche Steuern der Staatskommissar anordnen wird und wer mit dieser wenig dankbaren Aufgabe beauftragt wird, ist noch völlig unbekannt. Ob eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer und damit eine Erhöhung der Mieten noch vermieden werden kann, muß als sehr zweifelhaft bezeichnet werden. In der Zeit des

Preisabbaues wird also höchstwahrscheinlich die Berliner Bevölkerung mit einer neuen Mietserhöhung um 4 Proz. ab 1. Januar übertrifft werden.

Im Berliner Rundfunk wird heute abend um 18 Uhr 30 der Pressechef der Stadt Berlin, Landtagsabgeordneter Dr. Richard Lohmann, über „Staatsaufsicht und Selbstverwaltung“ sprechen. Der Redner wird die rechtlichen und sachlichen Voraussetzungen für das Eingreifen des Staates in die Selbstverwaltung bei außerordentlichen Situationen behandeln.

## Die unsozialen Steuern.

### Kampf um die Änderung der Rotverordnungen.

In der Sonnabend Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurden die Teile der Rotverordnung besprochen, die den Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als 8000 Mark, den Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen, den Finanzausgleich und die Tabaksteuer betreffen.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer solcher Personen, die ein Einkommen von mehr als 8000 Mark versteuern, soll nach der Verordnung 5 Prozent betragen. Abg. Dr. Herx (Soz.) erklärte hierzu, daß die Sozialdemokratie nach wie vor einen zehnprozentigen Zuschlag für richtiger halte. Es sei dagegen eingewandt worden, daß dadurch der Maximalsteuersatz auf 40 Prozent steige, und deswegen eine erhöhte Kapitalflucht hervorgerufen würde. Er könne den Einwand aber nicht als stichhaltig anerkennen. Es sei unabweisbar, daß die Kapitalflucht weniger beeinflusst werde durch die Sucht, Steuern zu hinterziehen, als aus Sorge um die Sicherung des Kapitals und die Währung. Die Ereignisse nach dem 14. September hätten diese Auffassung bestätigt. Es sei daher auch jetzt noch richtig, den Zuschlag statt auf 5 auf 10 Prozent zu erhöhen. Im einzelnen legte Dr. Herx dann dar, daß ein Einkommen von 3. B. 2600 Mark weit höher belastet werde als ein Einkommen von über 8000 Mark.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen soll erhoben werden von Personen, die nicht verheiratet oder verwitwet oder geschieden sind, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorpgangen sind. Auch gegen die Konstruktion dieser Steuer erhob Dr. Herx schwere Bedenken. Sie verlässe die Grundzüge, auf denen das ganze deutsche Steuersystem bisher aufgebaut worden sei und weiche ab von dem einzig richtigen Grundgedanken der Leistungsfähigkeit. Die Leistungsfähigkeit, nicht der Personenstand müsse maßgebend sein für die Erhebung von Steuern. Kaum eine Steuer habe so viel Erbitterung hervorgerufen wie diese und er glaube, daß die Regierung selbst bald dazu werden kommen müssen, die Steuer aufzuheben. Auch bei der Ledigensteuer werde der unbemittelte Ledige prozentual höher besteuert als der bemittelte.

In der Sitzung vom Dienstag soll der Abschnitt betreffend die Erhöhung von Einnahmen für die Gemeinden besprochen werden.

## Frankreich gegen Rüstungskontrolle.

### Ebenso Sowjetunion / Nur Budgetbegrenzung angenommen

Genf, 22. November. (Eigenbericht.)

Die französisch-englische These der budgetären Begrenzung für alle Arten von Rüstungen hat sich in der Vorbereitenden Ausrüstungskommission auf der ganzen Linie durchgesetzt. Die Kommission hat nunmehr auch die See- und Luftrüstungsfrage abgeschlossen.

Zuerst wurde die Unterteilung der U-Boote, die Ziffern für die Größe der Kreuzer und die Größenbestimmung der Schiffe mit Flugzeugen laut Londoner Vertrag angenommen. Kein U-Boot soll größer als 2000 Tonnen sein, keine ihrer Kanonen größer als 150 Millimeter Kaliber. Für die Luftstreitkräfte wurden die bisherigen Bestimmungen aufrecht erhalten, dagegen wurde die unterschiedliche Begrenzung der verschiedenen Kategorien abgelehnt. Endlich

## Vom Gericht zurück



„Bewährungsfrist ham' se dir gegeben? Mensch, das heißt: daß du dir vor die nächste Keilerei besser mit Revolver und Schlagring bewehren mußt!“

# Universität unter Terror

## Rektor und Senat kuscheln vor Radaustudenten

Königsberg, 22. November. (Eigenbericht.)

In Königsberg inszenierte die sogenannte „Freie Studentenschaft“ einen ungeheuren politischen Radau, der schließlich zu Zusammenstößen mit der Polizei führte und eine Debatte im Senat der Universität zur Folge hatte, die mit geradezu unglaublichen Zugeständnissen des Lehrkörpers der Hochschule an die randalierenden Studenten endete.

Die „Freie Studentenschaft“ hatte zu einer Protestkundgebung gegen den Rektor ausgerufen, weil dieser die schwarz-weißen Schleifen an Kränzen hatte entfernen lassen, die anlässlich der Langemark-Feyer an der Universität-Gedenktafel niedergelegt worden waren. Die Demonstration sollte vor dem Universitätsgebäude stattfinden. Sie hatte kaum begonnen, als die Demonstranten sich in wüsten Beschimpfungen der staatlichen Organe und des Lehrkörpers der Universität ergingen. Die Polizei erhielt deshalb Befehl den Platz vor der Universität zu räumen. Unter heftigem Widerstand wurde die Masse schließlich abgedrängt. Die Polizeibeamten wurden wiederholt mit Eisklumpen und Schneebällen beworfen. Am Nachmittag richtete die „Freie Studentenschaft“ an den Rektor und Senat eine Eingabe, in der gefordert wurde, daß die entfernten Kränzscheife wieder an der Gedenktafel niedergelegt werde und der Senat dem Rektor seine Mißbilligung ausspreche, weil dieser ein Plakat, das zur Unterstützung des Danziger Wahlkampfes aufforderte, verboten habe. Ferner solle der Senat das Vorgehen des Rektors bedauern, falls dieser die Polizei herbeigerufen habe. Schließlich wurde noch verlangt, daß sich die Schutzpolizei entschuldige, weil sie durch ihr Eingreifen „akademischen Boden verleiht“ habe.

Der akademische Senat trat bald nach dem Empfang der oben wiedergegebenen Forderungen zu einer Sitzung zusammen, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte. Unterdessen sehen die Studenten in und vor der Universität ihren Radau fort, bis der Senat seine Entscheidung bekannt gab. Hier ist das Nachwort:

„Der Rektor hat die Polizei nicht gerufen. Er verständigte sich mit ihr lediglich mit dem Ziele, Unruhen zu verhindern. Sollten jedoch solche geschehen sein, so bedauern

dies Rektor und Senat. Der Rektor durfte nach den geltenden Bestimmungen die Aufschrift auf dem Kranz nicht dulden. Nach der heutigen Aussprache hat der Senat genehmigt, daß die Aufschrift ausnahmsweise zugelassen wird. Die akademische Behörde wird die Schleife selbst wieder anbringen. Der Rektor war ebenso wie der Senat selbstverständlich der Ansicht, daß jeder Danziger Student nach Danzig fahren müsse, aber aus außenpolitischen Gründen hielt er die Form des vorgelegten Plakats nicht für angezeigt.“

Einer der Führer der randalierenden Studenten stellte nach der Bekanntgabe der Erklärung des Senats fest: „Was wir erreichen wollten, haben wir erreicht! Die Hauptsache ist, daß wir unsere Kraft bewiesen haben.“

Der preussische Kultusminister hat inzwischen den Rektor der Königsberger Universität zu einem mündlichen Bericht aufgefordert.

## Hakenkreuzenttäuschung in München.

### Das Ergebnis der Studentenwahlen.

In den Studentenwahlen der Münchener Universität, die am Donnerstag ohne Zwischenfall vor sich gingen, beteiligten sich rund 7500 Studenten, was einer Wahlbeteiligung von 91,5 Proz. entspricht. Trotz des von den Nazis seit Wochen geübten Terrors, der seinen Höhepunkt in der blutigen Sprengung der sozialistischen Studentenversammlung hatte, erlitten die Hakenkreuzler eine schwere Enttäuschung. Von 30 Vertretern erhielten sie im ganzen 10 (im letzten Wintersemester 6), während sie nach eigenen Voraussetzungen mit der sicheren Erringung der absoluten Mehrheit gerechnet hatten. Die waffentragenden Korporationsstudenten erhielten 6 (8), der Deutschnationale Widerstandsbund 2 (2), die beiden katholischen Listen zusammen 7 (8), die deutschsozialistische Fraktion 2 (3), die demokratische Hochschulgruppe 2 (2) und der sozialistische Studentenbund, der zum erstenmal mit einer eigenen Liste hervortrat, erhielt mit 37 Stimmen 1 Mandat (6). An der Technischen Hochschule in München ist das Wahlergebnis ungefähr daselbe.

softe man alles zusammen in dem mit 19 Stimmen angenommenen französischen Antrag, wonach die Parteien übereinkommen, die Gesamtsomme ihrer jährlichen Ausgaben für ihre Land-, See- und Luftstreitkräfte zu begrenzen und soviel als möglich herabzusetzen. Die Ziffern werden in Tabellen aufgestellt und die Durchführung wird nach den Gutachten der Budgetfachverständigen geregelt werden. Zu den chemischen Rüstungen hat England den Antrag gestellt, auch Tränengase zu verbieten und Deutschland hat einen allgemeinen Verbotsantrag eingebracht. Die Aussprache darüber wird auf die dritte Lesung verschoben.

Bei der Behandlung der allgemeinen Durchführungsbestimmungen wandte sich Frankreich gegen Englands Vorschlag der Schaffung einer ständigen Kontrollkommission für die Durchführung der Abrüstung. Witwinow erklärte, daß Rußland kein Interesse an diesen Kapiteln habe, die nur einen Wert gehabt hätten, wenn die Kommission eine wirkliche Abrüstung eingeleitet hätte. Rußland könne auch keine Organe des Völkerbundes zur Kontrolle anerkennen. Graf Bernstorff verzichtete für Deutschland auf die Teilnahme an einem Unterausschuß, der zur Beratung der Durchführungsbestimmungen gebildet wurde. Die Beratung der deutschen Anträge für den Austausch von Mitteilungen über alle Rüstungen und die Vorbereitung der Allgemeinen Abrüstungskonferenz wurde auf die dritte Lesung des Konventionentwurfs verschoben.

## Kein Fernspruch mit Moskau.

### Wetterstörungen vor Riga — Telegrammverkehr im Gange.

Gegenüber den Behauptungen von einer Ermordung Stalins und militärischen Revolten wird aus Moskau kategorisch erklärt, daß es sich um böswillige Erfindungen handele.

Der Fernspruchverkehr mit Moskau ist seit mehreren Tagen gestört. Da aber der Verkehr auch schon mit Riga nicht möglich ist, handelt es sich nicht um politische, sondern um Wetterstörungen. Der Telegrammverkehr mit Moskau funktioniert.

## Bethlen in Berlin.

Von Brüning und Curtius empfangen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen traf heute vormittag in Berlin ein. Zum Empfang hatten sich am Anhalter Bahnhof Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsaußenminister Dr. Curtius, die Staatssekretäre Dr. Pänder und v. Bülow und andere Angehörige der Kammer eingefunden.

## Der Tapferkeit besserer Teil.

### Ein „Verantwortlicher“, der sich drückt.

Köln, 22. November. (Eigenbericht.)

Der frühere verantwortliche Redakteur der kommunistischen „Sozialistischen Republik“, Peter Stahl, der bereits längere Freiheitsstrafen wegen Befeldigung durch die Presse zu verbüßen hat, steht heute wieder einmal vor Gericht. Er erklärte aber, daß er mit dem unter Anklage gestellten Artikel gar nichts zu tun habe. Er sei weder der Verfasser, noch sei er in der Zeit vom August 1929 bis März 1930 überhaupt in der Redaktion gewesen. Dagegen könne er, obwohl er für die Zeit als für den lokalen Teil verantwortlich gezeichnet habe, nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Der Verfasser des Artikels sei der Schriftleiter Finneke.

## Koalitionsstreit in Braunschweig.

### Die Steuern lockern Antimargistenblod.

Braunschweig, 22. November. (Eigenbericht.)

Innerhalb der Braunschweiger Regierungskoalition sind bereits erste Differenzen ausgebrochen, weil die Nationalsozialisten die Bürgersteuer ablehnen. Sie verlangen gleichzeitig mit der Sozialdemokratie eine besondere Erwerbslosen-Winterbeihilfe, wofür sie eine Warenhaus- und Filialsteuer als Deckung vorschlagen. Dagegen wenden sich aber die bürgerlichen Koalitionsparteien.

Frieds-Regener Steuer gefallen.

Im Haushaltsauschuß des Thüringischen Landtags wurde am Donnerstag die in der Brüning'schen Rotverordnung für die Gemeinden vorgesehene Bürgersteuer mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt. Fried erklärte als Minister, daß er den Gemeinden Ersatz für den Ausfall der Bürgersteuer nicht geben könne. Wenn die Steuer abgelehnt werde, dann sei die Angelegenheit für ihn erledigt.

## Straßen ohne Namen.

### Unfug in der Wohnstadt Carl Legien.

Die von über tausend Menschen bewohnte Wohnstadt Carl Legien wartet seit vielen Monaten darauf, daß die Straßen endlich einmal Namen bekommen. In der Bezirksversammlung Prenzlauer Berg hat eine knappe Mehrheit der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten die von der Sozialdemokratie geforderte Namensgebung abgelehnt. Jetzt hat der Polizeipräsident das Wort.

Bereits im Frühjahr, noch vor Fertigstellung des zweiten Baublocks, sind die Namen veröffentlicht worden. Die Straßen sollten die Namen verdienstvoller verstorbener Gewerkschaftsführer tragen. Die Wohnstadt Carl Legien liegt im Bezirk Prenzlauer Berg. Weil der angrenzende Bezirk Weißensee einige Straßen nach Städten Pommerns benannt hat, wurde die Entdeckung gemacht, daß deshalb die Straßennamen der Carl-Legien-Siedlung ebenfalls aus Pommern entlehnt werden.

Der Unfug, daß die von weit über 1000 Einwohnern bewohnten Straßen zwischen der Prenzlauer Allee und der Greifswalder Straße nur mit Mähe und Not aufzufinden sind, muß umgehend beseitigt werden!

## Morgen: Zur Mieterversammlung.

Alle Sozialdemokraten und „Vorwärts“-Leser der Wohnstadt Carl Legien werden dringend gebeten, zu der von anderer Seite zu morgen abend nach der Aula der Schinkel-Oberrealschule, Carmen-Enlow-Straße 25/26, einberufenen Mieterversammlung um 10 1/2 Uhr pünktlich zu erscheinen und bei der Wahl der Mietervertretung für die Bolschewistische Wohnungsgesellschaft zu stimmen. Mietvertrag mitbringen!

## Der Wetterumschlag.

### Heute 14 Grad Wärme in Berlin.

Völlig unerwartet ist ein Wetterumschlag eingetreten, der für die vorgeschriebene Jahreszeit ganz außergewöhnlich hohe Temperaturen zur Folge hat.

Nach dem vergangenem Donnerstag lagen die Temperaturen, beeinflusst durch örtliche Luftströme, sehr niedrig. In der Nacht zum Freitag setzte plötzlich bei reichem Niederschlag ein erheblicher Temperaturanstieg ein. Die Erwärmung steigerte sich nach und erreichte heute mittag in Berlin ein Maximum von +14 Grad. Keineswegs liegen die Wetterverhältnisse im Reich, die Temperaturen schwanken zwischen 11 und 15 Grad Wärme. Als Kuriosum sei erwähnt, daß Karlsruhe gestern bei heiterem Himmel sogar 17 Grad Wärme verzeichnete. In Ostpreußen hat sich der Wetterumschlag besonders schnell ausgewirkt. Am Donnerstag herrschten noch 14 Grad Kälte, heute hat die Quecksilbersäule fast die gleiche Höhe der Skala über dem Nullpunkt erreicht. Da in Ostpreußen reichlich Schnee gefallen ist, sind durch die rasch fortschreitende Schmelze stellenweise katastrophale Verkehrsverhältnisse entstanden.

Die starke Erwärmung ist auf sehr milde südwestliche Luftmassen zurückzuführen, die nordwärts strömen und Mittel- sowie Westeuropa in erheblicher Breite überfluten. Zunächst ist mit einem Anhalten dieses Witterungscharakters zu rechnen. Für Totenfeiertag lautet die Prognose noch besonders günstig: Sehr warm, bei ziemlich heiterem Himmel.

## Urteil gegen Weissenberg.

Redakteur Preuß auf Kosten des Klägers freigesprochen.

Im Beleidigungsprozess des Pöppeliten Weissenberg gegen den Schriftleiter der „Zeitschrift für Volksaufklärung gegen Kurpfuschertum und Heilmittel-Schwindel“, Redakteur Preuß, verkündete Amtsgerichtsrat Rückert heute folgendes Urteil:

Der Angeklagte Preuß wird auf Kosten des Privatklägers Weissenberg freigesprochen.

## Frenzel unschuldig?

Gutachten des Sachverständigen Dr. Marcuse.

Im Frenzel-Prozess wurde heute vormittag die Reihe der Gutachten fortgesetzt, und zwar erstellte der Sexualforscher, Sanitätsrat Dr. Max Marcuse, sein Gutachten, in dessen Verlauf der Gelehrte zu der Ansicht kam, daß der Angeklagte Frenzel nicht die Merkmale eines Sexualverbrechens zeige.

Sanitätsrat Marcuse hatte sich über die Frage zu äußern, ob nach sexualwissenschaftlichen Gesichtspunkten die Aussage Gertrud Frenzels glaubwürdig erscheine und ob überhaupt nach den wissenschaftlichen Erfahrungen dem Angeklagten unter Berücksichtigung seiner Persönlichkeit die zur Anklage stehende Tat zuzutrauen sei. Dr. Marcuse betonte, daß die

Angaben Gertruds unwahrscheinlich und für ihn unwahr seien,

da ihre Schilderungen von den angeblichen Vorgängen und ihre Darstellungen mit den sexualwissenschaftlichen und medizinischen Erfahrungen in Widerspruch ständen. Der Sachverständige betonte, daß er in dieser Auffassung auch durch die Gutachten der Gynäkologen bestätigt würde. Nach seiner Auffassung müßten

bei Gertrud Frenzel erotische Träume

vorliegen. Die Frage, warum Gertrud ihren Vater in so schwerer Weise beleidigt haben könnte, beantwortete Dr. Marcuse dahin, daß sie wohl nach einer kleinen Lüge nicht wieder zurückgefunden habe und daß sie durch ihre Umgebung zur hartnäckigen Aufrechterhaltung ihrer Erzählungen bestärkt worden sei und bemitleidenswert erscheinen wollte. Ihre Beharrlichkeit bezüglich der Be-

schuldigungen erklärte der Sachverständige aus Wahrheitsfanatismus und

Hoff gegen den Vater.

Durch das teilweise strenge Verhalten des Vaters, durch dessen Abwesenheit von der Familie und die familiären Mißverhältnisse habe sich Gertrud zum Barrhaus hingezogen gefühlt und in dem Barrhaus ihr Ideal gesucht. Die Grenze zwischen Lüge und Gedächtnis sei bei Gertrud sehr unklar und unbestimmt.

Bezüglich Hilde Frenzel vertrat der Sachverständige den Standpunkt, daß sie unzweifelhaft einmal gelogen haben müsse. Nach der Ansicht Dr. Marcuses seien aber ihre ersten Beleidigungen nicht mehr.

## Den Angeklagten Frenzel

selbst charakterisierte Dr. Marcuse darin, daß der Typ eines Sexualverbrechens ganz andere Merkmale zeige, als man sie bei dem Angeklagten festgestellt habe. Abschließend kam Dr. Marcuse zu folgenden Feststellungen: 1. Gegen die Richtigkeit der Aussagen Gertruds liegen erhebliche sexualwissenschaftliche und sexualpsychologische Bedenken vor. Die Möglichkeit, daß sich die Begebenheiten so zugetragen haben, wie sie Gertrud schildert, halte ich für höchstwahrscheinlich ausgeschlossen. 2. Die gegenwärtigen Aussagen und Erklärungen der Hilde sind vom wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht unzulänglich. 3. Die sexuelle Persönlichkeit und die Umweltfaktoren, die bei dem Angeklagten die ihm zur Last gelegten Handlungen zwanglos erklärbar und verständlich erscheinen lassen dürften, sind meines Erachtens nicht gegeben.

Die Verhandlung, bei der Staatsanwaltschaftsrat Stargard infolge seines Leidens durch Oberstaatsanwalt Dr. Teglass vertreten war, wurde sodann auf Montag vertagt, wo die beiden Sachverständigen Dr. Plauth und Dr. Placzel ihre Gutachten erstatten werden. Am Dienstag wird voraussichtlich Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stargard das Wort zur Anklagerede nehmen. Ob das Urteil noch in der nächsten Woche gefällt werden kann, ist noch zweifelhaft.

## Angetrunken am Steuer!

Auto auf dem Bürgerfest. — Ein Arbeiter schwer verletzt.

Durch einen angetrunkenen Herrenfahrer wurde heute früh ein schwerer Verkehrsunfall verursacht, bei dem ein Passant schwer verletzt wurde.

Kurz vor 7 Uhr fuhr ein Privatauto in schneller Fahrt den Südwendtorso hinauf. An der Ecke der Geisenheimer Straße geriet der Wagen, dessen Fahrer, wie später festgestellt wurde, angetrunken war, auf den Bürgerfest. Ein Passant, der 58jährige Arbeiter Otto Mundi aus der Grenadierstraße 30, wurde von dem Auto erfasst und überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde er in das Wilmsdorfer Krankenhaus in der Abenddämmerung gebracht. Der rückfahrende Autofahrer fuhr, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern, weiter und versuchte sich seiner Feststellung durch die Flucht zu entziehen. Einige Straßen weiter erreichte ihn aber sein Geschick. Er stieß mit einem Lastfahrzeug zusammen; dabei wurde sein Wagen so erheblich beschädigt, daß er halten mußte und festgenommen werden konnte.

Der Mörder Baisgands irrsinnig. Die mit der Untersuchung des Geisteszustandes des Mörders des deutschen Geländes von Baisgand, des deutschen Staatsangehörigen Franz Wichorowski, betrauten Verze haben in ihrem Gutachten den Mörder als einen unter Verfolgungsmahn leidenden Irren bezeichnet. Der vom portugiesischen Justizministerium ernannte Richter sprach die Meinung aus, daß der Mörder in einer Irrenanstalt untergebracht werden müsse.

Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten. Freitagabend gerieten in Düsseldorf drei Nationalsozialisten mit drei Kommunisten in einen Wortwechsel. Bspülich fiel ein Schlag, der einen Nationalsozialisten tödlich traf. Nach Zeugnisaussagen soll einer der Kommunisten den Schlag abgegeben haben, die die Flucht ergriffen und unerkannt entzogen.



# Preußens neuer Etat

## 384 Millionen Ausgabenentzug — Neue Deckung für 141 Millionen

Der preussische Etat für 1931 gleicht sich in Einnahmen und Ausgaben mit 3.972.694.910 M. aus. Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Verringerung von 384,26 Millionen Mark. Von den Einnahmen sind 3.778,7 Millionen Mark laufende und 194 Millionen Mark einmalige Einnahmen. Von den Ausgaben entfallen 3.693,9 Millionen Mark auf dauernde und 278,8 Millionen Mark auf einmalige Ausgaben. Wenn man die durchlaufenden Posten, vor allem die an die Gemeinden weitergegebenen Mittel ausschaltet, verbleiben dem Staat Einnahmen in Höhe von 2.248,2 Millionen Mark, denen ein gleicher Betrag bei den Ausgaben gegenübersteht. Auf der Einnahmenseite wird die Ueberweisung an Reichssteuern, nach Abzug der Gemeindeanteile, mit 788,3 Millionen Mark angegeben gegenüber 878,3 Millionen Mark im Vorjahre. Die Erträge aus den preussischen Steuern sind in Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage mit 687,2 Millionen Mark eingeleitet gegenüber 693,7 Millionen im Etat 1930. Bei den Ausgaben fällt u. a. die bisher gezahlte Beförderungszulage für Beamte und Angestellte fort.

Die dauernden Ausgaben haben sich gegenüber dem Vorjahre um 66,8 Millionen Mark vermindert, und zwar in der Art, daß die persönlichen Ausgaben von 1091,2 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 1054,5 Millionen Mark und die sächlichen Verwaltungsausgaben von 229,8 Millionen auf 223,3 Millionen heruntergesetzt worden sind. Von den persönlichen Ausgaben entfallen auf Beförderung für planmäßige Beamte und Hilfeleistungen durch andere Kräfte 786,6 Millionen Mark, auf Ruhegehälter 208,9 und auf sonstige persönliche Ausgaben 59 Millionen Mark. Die Stellen der planmäßigen Beamten werden gegenüber dem vorjährigen Etat um 213 verringert, die Stellen der Hilfsbeamten, Angestellten und Arbeiter aber um 1311 höher angegeben. 1931 werden insgesamt im Staatsdienst 209.020 Personen tätig sein. Davon sind 144.397 planmäßige Beamte.

Den Gesamtausfall in Deckungsmitteln berechnet der Etat mit 125 Millionen Mark. Dazu kommen 16,1 Millionen Mark sogenannte unvermeidbare Erhöhungen des Zuschusses bei der Staatshilfsverwaltung, so daß für 141,1 Millionen Mark Deckung zu finden ist. 82,4 Millionen Mark werden durch Gehaltskürzung und Verminderung der Diäten und Ministergehälter eingespart. Dazu kommen u. a. Streichungen bei den sächlichen Ausgaben. So ermäßigt sich z. B. bei den einmaligen Ausgaben der Betrag für Bauten, Restaurationen, Landgewinnungsarbeiten usw. von 52,2 Millionen auf 36,1 Millionen Mark.

Zu dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 gab der preussische Finanzminister Dr. Hüpter-Wischoff nähere Erläuterungen ab. Danach war der Stand der preussischen Finanzen bisher nicht ungünstig. Die Rechnungen der Jahre 1924 bis 1928 schlossen im Gesamtergebnis ohne Fehlbetrag ab. Der Ausgleich in den letzten Jahren konnte allerdings nur dadurch hergestellt werden, daß die Finanzüberschüsse aus dem Jahre 1924 in den folgenden Jahren vorsichtig zugelegt wurden. Die Rechnung des Jahres 1929 wies einen Fehlbetrag von 17,6 Mill. Mark auf, der jedoch durch Streichung nicht benötigter Ausgabenreste beseitigt werden konnte.

Im laufenden Rechnungsjahr ist die Entwicklung des Haushalts weniger erfreulich. Die Steuerüberweisungen des Reiches, die Erträge aus der Hauszinssteuer und auch der Ueberschuss der

Forstverwaltung bleiben erheblich hinter den Ansätzen zurück. Es muß daher für 1930 mit einem Fehlbetrag gerechnet werden.

Zu den Einsparungen bei den Personalausgaben in Höhe von 54,4 Mill. Mark und der Kürzung der Aufwandsentschädigungen in Höhe von 3,6 Mill. Mark erklärte der Minister, daß neben der 6prozentigen Senkung der Beamtengehälter und dem 20prozentigen Gehaltsabbau der Ministergehälter und Abgeordnetenlöhnen eine Senkung der Aufwandsentschädigungen für Minister, Staatssekretäre und hohe Beamte im Ausmaß von 10 bis 40 Proz. eingetreten sei. Da die Aufwandsentschädigungen in Preußen bisher weit höher gewesen wären als im Reich — sie stellen sich auf 8000 gegenüber 4800 M. — sei hier eine Angleichung an die Sonderbezüge der Reichsbeamten erfolgt. Das gleiche gelte für die Ministerialzulagen, die in Preußen bisher 1800 M. gegenüber 1200 M. bei den Reichsbeamten jährlich betragen haben. Die Kürzung dieser Zulagen soll in drei Etappen bis zum April 1932 durchgeführt werden. Im außerordentlichen Haushalt seien durch Abstriche bei den Ausgaben 40 Mill. Mark eingespart, so daß die Gesamtkürzungen sich auf 141,1 Mill. Mark belaufen. Durch alle diese Abstriche ist es gelungen, den Haushalt auch für 1931 ins Gleichgewicht zu bringen.

## Sowjet-Blücherverhaftet



Wie der „Sozialistische Bot“, das Berliner Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie, berichtet, ist General Blücher, der Oberbefehlshaber der Sowjetarmee im Fernen Osten, der nach vor kurzem als Befieger der Chinesen an der Ostbahn als Nationalheld gefeiert worden war, verhaftet worden.

## Furcht vor Umwälzung.

### Sogar vor Kindergärten.

Unter der Ueberschrift „Umwälzende Pläne Grimmes, Kindergärten und kein Abitur!“ bringt die D.M.Z. die Alarmnachricht, im Preussischen Kultusministerium bestünde der Plan, den Beginn der Schulpflicht auf das siebente Lebensjahr festzusetzen, vom sechsten Lebensjahr ab die Pflicht zum Besuch staatlicher Kindergärten zu begründen, das neunte Jahr auf den höheren Lehranstalten fortfallen zu lassen und die Reifeprüfung durch eine Hochschulprüfung zu ersetzen.

Zu dieser Mitteilung, die geeignet ist, über die wahre Sachlage vollkommen unzutreffende Vorstellungen zu erwecken, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit:

Die Anregung, die der preussische Handelsminister im Rahmen des Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben hat, die Schulpflicht um ein Jahr zu verlängern, ist seit mehreren Wochen Gegenstand eingehender Prüfung im Preussischen Kultusministerium; diese Prüfung erstreckt sich auf die pädagogische, schulorganisatorische, wirtschaftliche und finanzielle Seite dieses umfassenden Problems; auf der Grundlage vorläufiger Ergebnisse einer solchen Prüfung sollen nunmehr kommissarische Verhandlungen zwischen den preussischen Ressorts über die gesamte Schulpflichtfrage stattfinden, ohne daß der Kultusminister sich in diesem Stadium bereits für eine bestimmte Lösung dieses sehr weitreichenden und verwickelten Fragenkomplexes entschlossen hätte.

Von der Festsetzung einer Verpflichtung zum Besuch staatlicher Kindergärten ist im Kultusministerium nichts bekannt. Die Frage der Verkürzung der Dauer der höheren Schule von 9 auf 8 Jahre ist bekanntlich vor Monaten von dem preussischen Finanzminister im Rahmen seines Sparprogramms angeregt worden; der preussische Kultusminister hat daraufhin Auftrag zur Anfertigung einer Denkschrift über die Frage, ob 8 oder 9 Jahre höhere Schule, gegeben, um eine Unterlage für die von dem Finanzminister gewünschten Verhandlungen zu erhalten. Die Denkschrift ist in Arbeit. Die Frage der Ab-

schaffung der Reifeprüfung und die Frage der Einführung einer Aufnahmeprüfung an den Hochschulen ist seit längerer Zeit Gegenstand der öffentlichen Erörterung in schulpolitisch interessierten Kreisen, ohne daß irgendwelche Pläne im Kultusministerium zu dieser Frage in Angriff genommen wären.

## Wahlreform in Bayern.

### Regierungs-Richtlinien zur Wahlrechtsverbesserung.

Das bayerische Wahlrecht, dessen Reformbedürftigkeit durch eine Entscheidung des bayerischen Staatsgerichtshofes und durch die Beanstandungen des Reichsinnenministeriums außer Zweifel steht, wird nun in aller nächster Zeit vom Landtag geändert werden. Da es sich dabei um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, ist für die Abstimmung eine qualifizierte Mehrheit notwendig, so daß man sich aus parlamentarischen Gründen darauf geeinigt hat, vor der Einbringung eines Gesetzesentwurfes von der Regierung Richtlinien auszuarbeiten zu lassen, die nunmehr vorliegen. Die darin vorgeschlagenen Wahlgesetzänderungen beschränken sich auf das rechtlich allerhöchste, damit, wie es in den Richtlinien wörtlich heißt, auch die Reichsregierung das bayerische Wahlrecht als im Einklang mit der Verfassung stehend anerkennen wird.

Im einzelnen bestehen die wesentlichen Änderungen darin, daß das bisher bestehende System der Landesliste im Sinne des Reichswahlgesetzes umgestaltet und die betreffenden Mandate in Zukunft als Landeswahlvorschläge gewählt werden, während sie bisher nach Abschluß der Wahlhandlung auf Grund der Stimmziffern von den einzelnen Parteieninstanzen bestimmt wurden. Den Beschwerden der Splitterparteien wird dadurch Rechnung getragen, daß zur Erlangung eines Restmandats der niedrigste Teiler der auch für die Zukunft erhaltenen acht Wahlkreise genügt. Mit Hilfe dieser Bestimmungen hätten die Demokraten und die Wirtschaftspartei schon im gegenwärtigen Landtag Sitze erhalten, während sie trotz ihrer mehr als 100.000 Stimmen unter dem alten Wahlrecht leer ausgegangen. Durch den

jetzigen Vorschlag ist das tatsächlich bestehende Unrecht, daß in einem Wahlkreis 21.000 Stimmen und in einem anderen 32.000 Stimmen für ein Mandat notwendig waren, wenigstens für die sogenannten Splitterparteien bei der Reststimmverteilung beseitigt. Die Forderung der Sozialdemokraten, einen einheitlichen Teiler für das ganze Land zu schaffen, hat keine Aussicht durchzuführen, da die vornehmlich auf dem flachen Lande veranfertigte Bayerische Volkspartei den Vorteil des sogenannten Flächenprinzips unter keinen Umständen preisgeben will.

## Sozialistische Aufbauarbeit.

### Genossenschaften für Erzeuger und Verbraucher.

Die Agrarpolitische Zentrale beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Hans Bogen in einer Sitzung mit der Frage, die Parteiarbeit auf dem Lande auszubauen. Der Leiter der Zentrale, Dr. Lipschitz, schilderte die bisherige Tätigkeit der Zentrale (Bildung agrarpolitischer Ausschüsse in den Bezirken, Veranstaltung von Schulungstagen und Vorträgen, Herausgabe von Broschüren, Referentienmaterial, Lichtbildserien usw.) und ging eingehend auf den Wahlausfall auf dem Lande ein. Dieser sei durchaus günstig. In diesen Bezirken könne man in den ländlichen und rein landwirtschaftlichen Gemeinden zum Teil eine beträchtliche Stimmenzunahme verzeichnen. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung darin, die Werbung auf dem Lande zu verstärken. Zu diesem Zweck seien die Parteizeitungen mit besonderen Agrarmotoren zu besetzen. Weiter wurde die Herausgabe eines Kalenders, eines Handbuchs für Landagitatoren und einer Zeitung, die von Zeit zu Zeit erscheinen soll, verlangt.

Nach einem Vortrag über die Lage am Weltgetreidemarkt, den Dr. Wilbrandt erstattete, beschäftigte sich der Beirat mit der Frage eines direkten Verkehrs zwischen den Erzeugern und Verbrauchergenossenschaften. Die Agrarpolitische Zentrale hat dafür ein umfangreiches Material gesammelt. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß die Abfahrregelung gerade in der jetzigen Krisenzeit das wichtigste Problem für die Landwirtschaft sei und daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ersucht werde, in Verhandlungen mit der Großverkaufsgesellschaft und dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine eine entsprechende Regelung anzubahnen. Praktische Hilfe, Gründung kleinbäuerlicher Abfahr-genossenschaften und deren Verbindung mit den Konsumvereinen werde die positive Einstellung der Sozialdemokratischen Partei der Landwirtschaft gegenüber beweisen.

Der Beirat erklärte sich damit einverstanden, daß der Reichsausschuß der Agrarpolitischen Zentrale im Januar 1931 einberufen wird. Geplant ist im Zusammenhang damit ein einwöchiger Kursus, an dem auch Delegierte aus den Bezirken teilnehmen sollen, und zwar soll jeder Bezirk einen Delegierten entsenden.

## Sohn überfällt den Vater.

### Raubüberfall eines mißratenen jungen Menschen.

Der mißratene Sohn eines Juwelenhändlers S. aus der Frankfurter Allee hat heute morgen einen raffiniert ausgeführten Raubüberfall auf den eigenen Vater verübt.

Der jetzt 27 Jahre alte Oswald S., der von Beruf Uhrmacher ist, hat schon mehrmals Einbrüche verübt und sich auch sonst als Launenkind gezeigt, so daß sein Vater, ein angesehener Geschäftsmann, sich von ihm losgesagt hat. Der Vater betreibt ein Geschäft in der Nähe der Bogistrafße, hat aber keine Privatwohnung in der Kirchstraße in Weiskenee. Heute früh begab er sich um 7 1/2 Uhr, wie gewöhnlich, nach seinem Geschäft. Vor der Tür stand wortend ein junger Mann, der vor einigen Tagen eine Damenuhr zur Ausbesserung gebracht hatte. Er hatte schon mehrmals nach der Reparatur angefragt, aber immer gesagt, er habe noch kein Geld, um zu bezahlen. Heute früh war er nun wieder da und folgte dem Juwelenhändler in den Laden, wo er am Tisch stehen blieb. Der Geschäftsinhaber ging nach dem Arbeitsraum, um dort den Safe zu öffnen und die Reparaturen herauszulassen. Auf dem Rückwege mußte er durch einen kleinen dunklen Gang.

### Hier packte ihn plötzlich jemand am Hals und würgte ihn.

Es gelang dem Juwelier aber, den Bedränger zu fassen und sich vom Leibe zu halten, wobei er jedoch den Kasten mit den Geldsachen fallen ließ. Er sah nun den Angreifer bis zur Tür und rief um Hilfe, so daß die Geschäftsleute der Nebenläden aufmerksam wurden und herbeieilten. Im hellen Licht erkannte der Juwelier, daß sein eigener mißratener Sohn den Raubüberfall auf ihn verübt hatte. Der Kunde, der nach der Damenuhr gefragt hatte, stand immer noch am Ladentisch. Der junge S. rief ihm zu: „Fried, komm, hilf mir!“ und wollte sich zu seinem Beistand gegen den Vater sichern. Der Angerufene muß aber Angst bekommen haben, denn er flüchtete aus dem Laden und entkam. Der Sohn wurde der Polizei übergeben. Ohne Zweifel hat er seinen Freund Fried vorausgeschickt, um auszufundschaffen, ob der Vater allein sei und um einen Helfershelfer zu haben.

## Schweres Erdbeben in Albanien.

Rom, 22. November.

Im südwestlichen Teil Albanien wurde gestern ein schweres Erdbeben verübt. Besonders stark trat das Erdbeben in Valona und den umliegenden Orten auf, wo zahlreiche Häuser einstürzten. 32 Personen wurden getötet. Das Beben wurde auch in Brindisi wahrgenommen.

Better für Berlin: Bedeckend wolkig und ziemlich mild, nach einzelne Schauer, westliche Winde. — Für Deutschland: Im Nordosten weitere Mildung, im übrigen Reich leichter Temperaturrückgang, vereinzelt Schauer.

Verantwortl. für die Redaktion: Hans Rühl, Berlin; Anzeigen: H. Gode, Berlin, Verlags-Bureau: Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Formica's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G.B. 68, Eindeutscher 1, Strasse 1, Berlin.

**Trabrennen Mariendorf**  
Sonntag, d. 23. November  
nachmittags 4 Uhr

**Herrnkleiderfabrik**  
Berlin C 2, Spandauer Str. 7, part. u. der Kaiser-Wilhelm-Str.  
Verkauf unter Ausschaltung d. Zwischenhandels links u. des Einzelverkaufts  
Wintermäntel, schwere Ware 99.— M.  
blau Kennigorn-Anzüge, rein Kammergarn 49.— M., Anzüge und Mäntel nach Maßgabe aus reinwillenen haltbaren Stoffen 71.— M.  
für Stolz-Äger, Jünglings- u. Knabenbekleidung gleichfalls zu Engros-Preisen. Unverbindlicher Lagerbesuch erbeten.

**Der gute Kapitän-Kanabak**  
— ist in den meisten Zigarrengech. erhältlich.  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 22, Köntigs. 3881

**Krause-Pianos**  
zur Miete  
100, Ansbacherstr.

**Berliner Fahnenfabrik**  
Fischer & Co., Wallstr. 84  
U. S. Fischer & Co., Wallstr. 84

**Stellen-Angebote**  
Stimmen im Vorwärts  
Besondere Beachtung

Die einzige Ersatzkasse für sämtliche Berufszweige ist die  
**Kranken- und Sterbekasse für das Deutsche Reich**  
im Jahre 1884 gegründet (Lichterfelder Ersatzkasse) im Jahre 1884 gegründet  
die Versicherungspflichtigen und Nichtversicherungspflichtigen ausreichenden Krankenversicherungsschutz bietet  
Hauptverwaltung: Berlin N 24, Oranienburger Str. 67 und 300 Verwaltungsstellen im Reich

# Dem Andenken einer braven Frau

## Zum 20. Todestage Julie Bebels / Von Luise Kautsky

Ende November jährt es sich zum zwanzigsten Male, daß Julie Bebel die Augen für immer schloß. Der hier folgende Aufsatz soll sie der Nachwelt ins Gedächtnis rufen.

Julie Bebel besaß Eigenschaften, die aus ihr mehr machten, als nur die stets liebevolle, hingebende und opferwillige Gattin. Vor allem besaß sie Verständnis für die hohe Aufgabe und für die idealen Ziele, in deren Dienst ihr Mann sein Leben gestiftet hatte. Wie hat Bebel unter den Klagen zu leiden gehabt, mit denen so manche Frauen unserer kämpfenden Genossen das Zuhause verfallen, wenn sie nicht einsehen wollen, daß Partei und Politik eben den ganzen Mann erfordern, soll er auf seinem Posten etwas Tüchtiges leisten. Bis ins Alter hat sie sich jene sonnige Heiterkeit bewahrt, die ihr in der Jugend eigen war und die wohl auch den vierundzwanzigjährigen Bebel bezaubert und zu ihr hingezogen hat.

Im Leipziger Arbeitergesangverein hatte er die junge, kräftige Dichterin kennengelernt. Bebel erzählt, daß er, wie alle, die nicht singen können, dort ersten Satz gesungen habe. Julie aber konnte singen, denn Musik war und blieb ihre Leidenschaft. Für sie gab es nichts Höheres als Konzerte oder Oper und oft erzählte sie mir, daß sie auch in schlimmen Tagen ihren letzten Groschen gegeben habe, um berühmte Sänger oder Sängerinnen zu hören.

Zwei Jahre mußte das Brautpaar warten, ehe es den eigenen Hausstand gründen konnte. Im Jahre 1866 heirateten sie und im Januar 1869 wurde dem jungen Paar sein erstes und einziges Kind geboren, das zu einer Quelle des Glückes und des Trostes für Julie Bebel werden sollte, in den vielen einsamen und schweren Stunden, die das Schicksal für sie noch bereithielt.

Die ersten Ehejahre hatten einen harten Kampf um eine kümmerliche Existenz bedeutet. Um heiraten und sich als selbständiger Drechslermeister etablieren zu können, hatte Bebel Schulden machen müssen, eine Handlung, die seinem ordnungsliebenden Charakter sehr zuwiderlief. Das Elend der Kleinrenterei lernte das Ehepaar gründlich kennen, um so mehr, als der junge Meister durch seine politische Tätigkeit der Berufsarbeit dauernd entzogen wurde. War er doch schon im Februar 1867 in den Reichstag gewählt worden. Erst die nach dem Krieg von 1870/71 einsetzende wirtschaftliche Prosperität machte der ärgsten finanziellen Misere ein vorläufiges Ende. Dafür aber stellten sich andere Schicksalsschläge ein. Schon 1869 hatte Bebel zum erstenmal wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren auf drei Wochen ins Gefängnis gemußt. Man muß sich vorstellen, wie dieses Ereignis auf das Gemüt des harmlosen jungen Mannes gewirkt haben mag. Diefem ersten Schrecken sollte jedoch bald ein viel heftigerer folgen.

### Die Zeit der Gefängnisstrafen

Die Haltung Bebels und Wilhelm Liebknechts während des deutsch-französischen Krieges, vor allem die Tatsache, daß sich die Beiden bei den Bestimmungen über die Bewilligung der Kriegskredite der Stimme enthielten, hatte den ganzen Furore tonicus gegen sie entzündet. Bebel schildert in seinen Lebenserinnerungen die Szene im deutschen Reichstag, als er zu der Forderung weiterer Geldbewilligungen das Wort nahm: „Meine Rede war nicht lang, aber sie erweckte einen Sturm, wie ich ihn seitdem nie wieder mit einer Rede heroorrief. . . Es regnete Unterbrechungen. . . und als ich dann auf die traurige Rolle hinwies, die die deutsche Kapitalistenklasse bei der ersten Kriegsanleihe gespielt hatte und wie ganz anders die französische Bourgeoisie sich dagegen im gleichen Foll benommen habe, brach vollends der Sturm los. Ein großer Teil des Hauses hatte einen förmlichen Tobsuchtsanfall; man überschüttete uns mit Schimpfwörtern der größten Art, Dugend von Mitgliedern drangen mit erhobenen Fäusten auf uns ein und drohten uns hinauszuwerfen. Viele Minuten lang konnte ich nicht zum Worte kommen. . .“

Der Lohn für diese Mißthaten ließ nicht lange auf sich warten. Am 11. Dezember 1870 war der Reichstag geschlossen worden, am 15. Dezember hatten Bebel und Liebknecht in Leipzig in einer Massenversammlung Bericht über die Verhandlungen des Reichstages erstattet, am 16. Dezember erhielt Bebel eine Erklärung im Leipziger „Volksstaat“, in der er sich gegen die Denunziationen wehrte, durch die er und Liebknecht des Landesverrats zugunsten Frankreichs bezichtigt wurden. Am 17. Dezember stürzte Julie Bebel treudeckelnd zu ihrem in seiner Werkstatt arbeitenden Mann; ein Polizeibeamter sei in der Wohnung erschienen, der Bebel zu sprechen wünsche. Dieser wußte sofort, was das zu bedeuten habe. Er hatte seine Vorbereitungen getroffen und seinen Tisch gemacht, so daß der Beamte bei der nun folgenden Hausdurchsuchung nichts irgendwie Befolgendes vorfand. Trotzdem wurde Bebel verhaftet und abgeführt. Hundertundzwei Tage dauerte die quälende Untersuchungshaft, während der Julie ihren Mann nur allwöchentlich einmal im Beisein des Untersuchungsrichters sprechen durfte.

Am 3. März war er, „der Hochverräter“, trotzdem er nicht selbst anwesend sein konnte, in seinem Wahlkreis Glaucha-Weeranz-Bodenstein, dieses Mal als einziger Sozialdemokrat, wieder in den Reichstag gewählt worden, der am 23. März eröffnet wurde. Da Bebel erst am 28. März 1871 aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, konnte er nur einige Tage zu Hause verdrängen und schon am 2. April sehen wir ihn wieder in Berlin, wo er bis Ende Mai ausbarren und dem Kreuzfeuer der Gegner standhalten mußte, wozu es ihn auch noch so sehr zu Weib und Kind ziehen und mochte sein Geschäft auch noch so dringend seiner Anwesenheit bedürfen. Dort hatte sich zwar Frau Julie als tüchtige Plakhalterin erwiesen, aber die nun schon so lange währende Trennung von ihrem Mann bedeutete doch eine harte Befähigungsprobe für sie. Es sollte aber noch viel Schlimmer kommen.

Für den 11. März 1872 war der Beginn der Schwurgerichtssession anberaumt, in der den drei „Hochverrättern“, August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Adolf Hepner, dem damaligen zweiten Redakteur des Leipziger „Volksstaat“, der Prozeß gemacht wurde. Hepner wurde freigesprochen. Bebel und Liebknecht jedoch wurden der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig befunden und jeder zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt; zwei

Monate wurden ihnen für die Untersuchungshaft angerechnet. Damals hat Julie Bebel bitterlich geweint und hat es nicht fassen können, wie ihr Mann so frivol sein konnte, zu erklären, „Die Beurteilungen würden mit ihren Anwälten und ihren Frauen dem Urteil zum Trost in Auerbachs Keller eine Flasche Wein trinken gehen.“ „Aber“, schreibt Bebel, „sie war tapfer und ging mit.“

Tapfer war Julie Bebel, das hat sie in diesen schlimmen Zeiten bewiesen und abgemacht hat sie sich in diesem Kampf mit ungleichen Waffen, den ihr Mann führte, zu seiner tüchtigen Schützergarin entwickelt.



Ehe Bebel die Festung Hubertsburg bezog, die er später mit der auf dem Königstein verlassene, wurden ihm noch wegen Majestätsbeleidigung neun Monate Gefängnis angedroht.

Sein Rechtsanwalt Freytag, dem das Ehepaar Bebel zellebensgroße Anhänglichkeit und Dankbarkeit bewahrte, setzte bei der sächsischen Regierung durch, daß Bebel, nachdem er die Festungshaft am 14. Mai 1874 absolviert hatte, sechs Wochen pausieren durfte, ehe er seine neunmonatige Gefängnisstrafe in Zwickau antrat. Das waren Festtage für Frau Julie und sie konnte wieder Kräfte sammeln für die neuen Schicksalsschläge, die ihr bevorstehen.

Und sie stellten sich nur allzu bald ein. Kaum zwei Jahre später wurde Bebel wegen Bismarck-Beleidigung und verschiedener anderer in seinen Broschüren begangener Sünden wieder zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er teils in Plöthen bei Berlin absoldierte, teils auf seine Bitte in Leipzig abfuhr „durfte“, wo er wenigstens seine Familie nahe wußte.

Sein nun achtjähriges Töchterchen mußte zum viertermal Weihnachten ohne den Vater feiern. Ende Mai 1878 wurde ihr Mann ihr endlich zurückgegeben.

### Unter dem Sozialistengesetz

Inzwischen aber hatten sich aufs neue dräuende Wetterwolken über der Partei und ihren Führern zusammengezogen. Die Schüsse, die Hödel und Rabbling gegen den alten Kaiser Wilhelm abfeuerten, wollte Bismarck als willkommenen Anlaß benutzen, um der verhassten Sozialdemokratie den Todesstoß zu versetzen. Das sollte geschehen durch das am 21. Oktober 1878 in Kraft tretende Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratische Partei — das sogenannte Sozialistengesetz.

„Bismarck mißbrauchte seinen ganzen gewaltigen Einfluß, um die Bevölkerung zum fanatischsten Haß gegen die Sozialdemokratie aufzufächeln.“ Das gelang ihm nur zu gut in der damals herrschenden Atmosphäre. „Die Partei hieß im gegnerischen Lager nur mehr die Partei der Reuegelwörter, der Allesruinerer, die der Rasse den Glauben an Gott, Königtum, Familie, Ehe und Eigentum raube.“ Dem Unternehmertum kam diese Heße gerade recht. „Tausende und aber Tausende von Arbeitern, die als Sozialdemokraten bekannt waren, fielen auf die Strafe, es entstand eine Sintflut von Denunziationen, wegen wirklicher und angeblicher Majestätsbeleidigungen, und da sich der Richter auch ein förmlicher Verfolgungsparoxysmus bemächtigt hatte, so wurden Strafen von ein, zwei, drei bis zu fünf Jahren Gefängnis — der Maximalstrafe verhängt. In zwei Monaten wurden fünfhundertsechszwanzig Personen zu rund achthundertzwölf Jahren Gefängnis verurteilt.“

Was da die Frauen der Führer zu erdulden hatten, kann man sich vorstellen. Geschmäht und angepöbel, wohin sie kam, trug Julie Bebel dennoch immer den Kopf hoch und ließ den Mut nicht sinken. Im Gegenteil, durch ihre Festigkeit wurde sie in diesen schweren Zeiten Helferin und Stütze für manche, die vom Sturm noch ärger mitgenommen wurden, als sie selbst. Das schlimmste für die Frauen waren damals die Ausweisungen der Genossen. Durch sie wurden in jenen Jahren ungezählte Existenzen zugrunde gerichtet.

So wurden aus der Stadt Leipzig Bebel, Liebknecht und noch etwa dreißig Genossen ausgewiesen, als über Leipzig im Sommer 1881 der kleine Belagerungszustand verhängt wurde. Bebel und Liebknecht zogen nach Borsdorf, einem kleinen Ort unweit von Leipzig.

Frau Julie trat an die Spitze der mit ihr zurückgebliebenen Frauen, die für die mittellosen, ausgewiesenen Parteigenossen Geld sammelten. Trotz der Hindernisse, die ihr die Polizei dabei in den

Weg legte, führte sie ihr Vorhaben tapfer durch. Ueberhaupt hatte sie in jenen Tagen der neuerlichen Trennung von ihrem Mann viel durchzumachen, denn die Behörden sparten nicht mit Hausdurchsuchungen und Schikanen aller Art. Besonders als Bebel nun auch noch in den sächsischen Landtag gewählt wurde, ließen sie ihren ohnmächtigen Zorn darüber an Frau Julie aus.

Das Jahr 1882 brachte neue Verurteilungen für Bebel, für dessen durch die rastlose politische Tätigkeit überanstrengten Körper diese Gefängnisaufenthalte trotz mancher Härten beinahe schon zu „Herienturen“ wurden. Am 1. November 1882 mußte er in Leipzig wieder eine vier Monate währende Haft antreten, nachdem dieses Jahr in bezug auf Prozesse ein besonders gesegnetes gewesen war. Doch alle diese mit hohhaften Quälereien verbundenen Verurteilungen vermochten weder Bebels noch Frau Julies Zuversicht zu erschüttern. Diese Frau war nicht nur bei ihrem Mann in die Schule gegangen, und hatte im steten Umgang mit ihm den Enthusiasmus für den Sozialismus und den Glauben an seinen Sieg eingelenget, nein, sie hatte das richtige proletarische Empfinden schon in die Ehe mitgebracht, und der schnelle Aufstieg ihres Mannes auf der sozialen Stufenleiter hatte daran kein Foto geändert.

Und als allen Verfolgungen zum Trotz die deutsche Sozialdemokratie in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes an Stimmen von Wahl zu Wahl zunahm, so daß sie am 19. Februar 1890 einundneunzigtausend Wähler zählte, da ward dieser feste Glaube belohnt, da triumphierten die bisher Verachteten und Gedächten über ihre Verfolger.

Tatsächlich hatte schon die Wahl vom 27. Oktober 1881 gezeigt, daß die Wucht des Sozialistengesetzes gebrochen war, denn mit dreizehn Vertretern war damals die unbeflegbare Sozialdemokratie in den Reichstag eingezogen. Zwar war Bebel nicht darunter — er war mit etwa zweihundert Stimmen in der Minderheit geblieben — aber da er im sächsischen Landtag gewählt war, so ward die Kontinuität seiner parlamentarischen Tätigkeit durch diese Niederlage nicht unterbrochen. Im Juni 1883 kam er dann als Vertreter Hamburgs wieder in den Reichstag, in dem er bis zu seinem Tode, im Jahre 1913, ständig seinen Sitz behielt.

### Uebersiedlung nach Berlin

1890 fällt das Sozialistengesetz, und von da an beginnt heller Sonnenchein, die Schatten aus Julie Bebels Leben zu verdrängen.

Die Uebersiedlung der Familie nach Berlin leitet eine Periode des von nun ab ungestörten Zusammenlebens ein, das nur von Bebels Agitations- oder Kongressreisen unterbrochen wird.

Bebels Stellung, schon vorher eine hochangesehene, nicht nur bei den Parteigenossen, sondern auch in allen linksgerichteten fortschrittlichen Kreisen, machten sein Haus zu einem vielbesuchten Mittelpunkt, in dem Männer von Namen, Politiker und Schriftsteller aus der ganzen Welt sich einfanden. Doch brachte dieser Umstand Frau Julie sehr ebensovornig aus dem Gleichgewicht, wie früher die ärgste Not und die schlimmsten Verfolgungen. Mit derselben unerschütterlichen Gemütsruhe und der gleichen unerschütterlichen Heiterkeit wurde sie den neuen Anforderungen gerecht, die die überragende Bedeutung ihres Mannes an sie stellten. Ihr inneres Gleichgewicht wurde durch die Ehrungen, die nun im reichen Maße neben den Ranne auch ihr zuteil wurden, nicht gestört. Sie blieb stets die einfache Frau, die nie mehr scheinen wollte, als sie war, und die sich vollkommen glücklich fühlte an der Stelle, an der sie stand. Sie war die pflichttreueste Gattin und Mutter und eine tüchtige, verständige Hausfrau, von einer Gastlichkeit, die das Haus Bebel mit freundslichem, wärmendem Glanz erfüllte.

Und dabei ging sie in diesem Beruf nicht auf, sondern verfolgte eifrig alle Vorgänge in der Partei, versuchte ihrem Mann, so wie früher im Geschäft, auch jetzt nach Kräften in der Erledigung seiner Korrespondenz zu helfen, die allgemach ins riesenhafte anwuchs. Mit Takt und Herzengüte prüfte sie die unzähligen Anliegen, die täglich bei ihm vorgebracht wurden, war er doch in den Augen vieler der Erlöser und Retter aus allen Nöten. Und groß ist die Zahl derer, die sie an seiner Statt beriet und tröstete und denen sie hoff, soweit es ihre Mittel erlaubten. Und das geschah nicht nur auf materiellem Gebiet, nein, diese schlichte Frau vermochte sich auch in schwere, seelische Konflikte einzufühlen und bewies in solchen Fällen oft eine ganz moderne Denkungsweise, die sie frei von jeder kleinlichen Spießbürgerei hielt. War diese Sinnenart ohne Zweifel einerseits eine Frucht der Lehren, die sie aus dem berühmten Buch ihres Mannes über „Die Frau und der Sozialismus“ und aus dem Zusammenleben mit ihm gezogen hatte, so war Julie doch andererseits eine so selbständige Natur, daß sie sich unbeeinträchtigt und unabhängig ihre Meinung zu bilden wußte.

Bebel hielt ungemein viel auf die Ansichten seiner Frau und erkannte ihre Ebenbürtigkeit mit freudigem Stolz an. Oft sagte er zu uns, es bedeute noch lange nichts, wenn ihn seine Genossen lobten, oder wenn ihm sogar seine Gegner widerwillig Anerkennung zollten, sein strengster Richter sitze zu Hause und der posse hüßlich auf, daß ihm kein Lapfus passiere. Und oft, wenn er ganz vergnügt aus dem Reichstag nach Hause käme und sich einbilde, er habe dort seine Sache ganz besonders gut gemacht, sei ihm zu seinem Erstaunen von seiner Julie gründlich der Kopf gemaschen worden, die an seiner Rede das und jenes und mancherlei auszuweisen hatte. Diese Selbständigkeit des Urteils verleihe ihr auch bei all ihrer Bescheidenheit eine Glorheit des Auftretens und eine ruhige Würde.

Wir alle, die wir das Glück jahrelangen, nahen, freundschaftlichen Verkehrs mit Julie Bebel genießen durften, brachten ihr darum nicht nur herzlichste Zuneigung, sondern auch ehrlichen Respekt entgegen. Und hierzu gestellte sich das Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß sie es war, die ihrem von uns allen geliebten und verehrten Mann stets eine behagliche Umwelt, ein glückliches Heim bereitet hatte, wo der Geheiß von den Mäthen und Plagen seiner ermüdenden Tätigkeit ausruhen, wo er die notwendige Kraft für seine Arbeit wiederfinden konnte, und wo er stets Verständnis für seine Sorgen, ein offenes Ohr für seine Klagen, ein treues Herz für Leid und Schmerzen fand.

So bleibt uns die Gestalt Julie Bebels auf immer in Erinnerung, in all ihrer Schlichtheit ein Wesen voll innerer Harmonie, und darum harmonisch wirkend auf alle, die sie kannten und liebten.

